

## Der Konziliare Prozess und die Agenda für nachhaltige Entwicklung. Übereinstimmungen und Unterschiede<sup>1</sup>

*Beat Dietschy*

Der «Konziliare Prozess» für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung<sup>2</sup> hat wie kaum ein anderer in jüngerer Zeit die christlichen Kirchen aufgerüttelt und sie dazu gebracht, sich mit den drängendsten Herausforderungen der Menschheit auseinanderzusetzen. «Eine grosse und wachsende Anzahl von Menschen hat sehen gelernt: So kann es

nicht weitergehen – mit der Schöpfungszerstörung, mit dem Reicherwerden auf Kosten der Armen, mit der tötenden Aufrüstung».<sup>3</sup>

Das Bewusstsein für den Kairós, die Dringlichkeit eines Kurswechsels und dafür, dass sich die Kirchen überhaupt für einen gesellschaftspolitischen Wandel einzusetzen haben, ist dadurch geschärft worden. Heute ist es nicht mehr wegzudenken. Zumindest ist es schwieriger geworden zu bestreiten, *dass* sich Kirchen zu Fragen wie Krieg, Klimawandel oder Konzernmacht öffentlich äussern und somit auch politisch Farbe bekennen müssen.

Auch im säkularen Bereich ist ein Umdenken in Gang gekommen. «Wir müssen unsere Wirtschaftssysteme, unsere Umwelt und unsere Gesellschaften transformieren. Wir müssen alte Denkhaltungen, Verhaltensweisen und destruktive Muster verändern.»<sup>4</sup> So Ban Ki-moon am 4. Dezember 2014 in einer Rede vor der UNO zur Post-2015-Agenda. Nur schon im Blick auf die Herausforderungen des Klimawandels sagte damals der UN-Generalsekretär klipp und klar: «weiter so wie bisher ist keine Option». Transformation ist also angesagt und sie steht auch im Titel der im September 2015 von der UN beschlossenen Agenda für die nächsten 15 Jahre: «Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung».<sup>5</sup> Es kann also von zwei parallelen Prozessen des Wandels gesprochen werden.

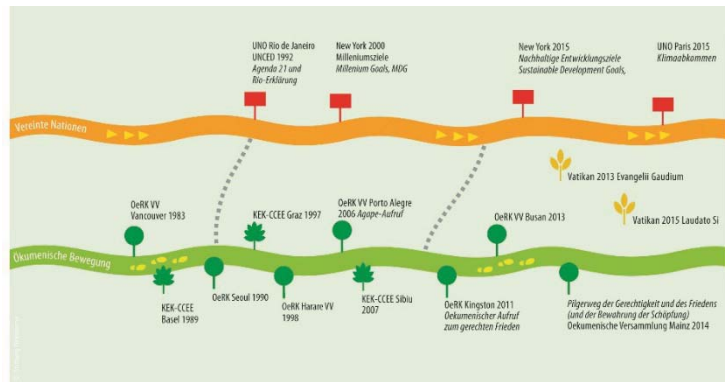
<sup>1</sup> Vortrag im Rahmen des Ökumenischen Ratschlags «Konziliarer Prozess und Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs)», der am 9. Oktober 2016 auf Einladung des Ökumenischen Netzes in Deutschland (OeNiD) in Nürnberg stattgefunden hat. Vgl. dazu Stiftung Ökumene (Hg.), Ökumenischer Informationsdienst, Nr. 112, Winter 2016/17, 12.

<sup>2</sup> In Deutschland wurde dieser ökumenische Prozess des christlichen Erkennens und Bekennens zu diakonischer Weltverantwortung – inspiriert durch Dietrich Bonhoeffers Aufruf von 1934 zu einem Friedenskonzil aller christlichen Kirchen – als «konziliar» bezeichnet. In der Schweiz ist das Thema im Rahmen der «Schweizerischen Evangelischen Synode» (1983–1987) aufgenommen worden, welche die Erneuerung kirchlichen Lebens anstrebte. Hier bezog man sich hauptsächlich auf den «Covenant for peace and justice», zu dem die Vollversammlung des Reformierten Weltbunds 1982 in Ottawa aufgerufen hatte. In der Schweiz wird daher von «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» (GFS) gesprochen, wie das im Anschluss an die Weltversammlung in Seoul (1990) auch im ÖRK zur gebräuchlichen Bezeichnung wurde. Fortgesetzt wurde der GFS-Prozess seit der achten Vollversammlung in Harare (1998) und der neunten in Porto Alegre durch den AGAPE-Prozess (Alternative Globalization Addressing People and Earth / Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde).

<sup>3</sup> Ulrich Duchrow/Gerhard Liedtke, Schalom. Der Schöpfung Befreiung, den Menschen Gerechtigkeit, den Völkern Frieden, Stuttgart 1987, 8.

<sup>4</sup> Der Weg zu einem Leben in Würde bis 2030: die Armut beenden, Menschenleben verändern und die Erde schützen. Synthesebericht des Generalsekretärs über die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung, New York, 4. Dezember 2014, URL: <http://www.un.org/depts/german/gv-sonst/a69-700.pdf> (im Folgenden: A/69/700), Ziff. 159.

<sup>5</sup> Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Ergebnisdokument des Gipfeltreffens der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der Post-2015-Entwicklungsagenda, 70. Generalversammlung vom 18. September 2015,



## Zwei parallele Prozesse

Der «Konziliare Prozess» begann mit der sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver 1983. Sein Weg war nicht ganz geradlinig, wie immer, wenn unterschiedlichste Akteure weltweit nach Möglichkeiten und Grundlagen für gemeinsames Handeln suchen. Er war und ist ein spannungsreiches Auf und Ab, mit markanten Höhe- und Wendepunkten. Für den europäischen Kontext war ein solcher Moment die Basler Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» von 1989. Die anschließende Weltversammlung in Seoul war es weniger, und in der Vorbereitung der ÖRK-Vollversammlung von Canberra 1991 drohte das «Justice, Peace, Creation»-Thema beinahe unterzugehen.<sup>6</sup>

New York, URL: <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-11.pdf> (im Folgenden: A/70/L.1).

<sup>6</sup> Die Versammlung von Seoul 1990 litt u.a. darunter, dass wenige Wochen vor dem Event die römisch-katholische Seite mitteilte, dass sie den Anlass nicht mittrage und lediglich Beobachter entsenden werde. Vgl. Ulrich Duchrow, Ökumene versus kapitalistisches Imperium. Der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Be-

Die Namen der Versammlungen und auch die Bezeichnungen für diesen ökumenischen Lernweg wechselten mit den Themen und Problemlagen, die im Vordergrund standen. Die Fussspuren (s. Bild), die das gemeinsame Suchen und Gehen hinterliess, waren nicht immer gleich deutlich. Gelegentlich scheinen sie sich auch im Wald der Versammlungen und Konferenzen zu verlieren. Im Dickicht der Dokumente, Verlautbarungen und Verhandlungen kann man sich leicht verirren. Die Stimme des prophetischen Einspruchs verhallte daher oft ungehört und an Enttäuschungen und Rückschlägen hat es nicht gefehlt.

Immerhin knüpft der «Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens», der 2013 in Busan an der zehnten Vollversammlung des ÖRK ausgerufen wurde, wieder deutlich an den Erkenntnissen von Vancouver an. Und von katholischer Seite sind mit *Evangelii Gaudium* und *Laudato Si* ebenfalls kräftige Signale zu vernehmen, die wieder in die gleiche Richtung weisen. Man kann, so glaube ich, von dem, was wir als «konziliaren Prozess» zusammenfassen können, mit Fug und Recht sagen, dass er innerhalb wie ausserhalb der Kirchen Menschen befähigt hat, die «Zeichen der Zeit» zu erkennen und – mal weniger, mal wieder mehr – gemeinsam nach Antworten zu suchen auf das, was das Leben auf unserem Planeten bedroht.

Ganz ähnlich sieht es mit dem säkularen Pendant aus. Die Folge der Versammlungen und Agenden ist ebenfalls reich an Versprechungen und Aufbrüchen, doch genauso mit Rückschlägen und unerfüllten Zielvorgaben gespickt. Bevor ich die beiden Prozesse näher betrachte und vergleiche, möchte ich kurz die globale Grossbaustelle umreissen, an der sich

freierung der Schöpfung, in: Hans-Georg Link/Geiko Müller-Fahrenholz (Hg.), Hoffnungswege. Wegweisende Impulse des Ökumenischen Rates der Kirchen aus sechs Jahrzehnten, Frankfurt a.M. 2008, 310.312, sowie Stylianos Tsompanidis, Orthodoxie und Ökumene. Gemeinsam auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, Münster 1999, 103.

heute beide Prozesse zu messen und zu bewahren haben. Sie betrifft die eklatante Nichtnachhaltigkeit und ökologische Ungerechtigkeit des vorherrschenden Pfads von globaler Entwicklung. Sie lassen sich mit dem folgenden Bild veranschaulichen, in dem die naturwissenschaftliche Forschung zur Biosphärenkrise knapp zusammengefasst wird.

### 9 Lebenserhaltungssysteme („Planetary boundaries“ nach Rockström et al.)

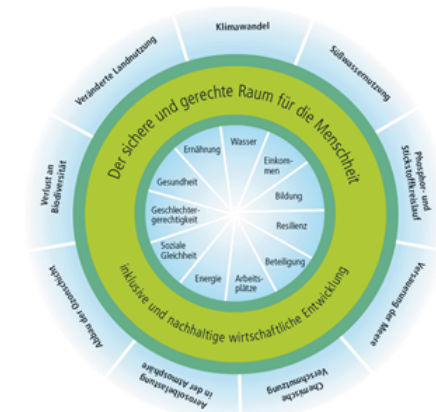


Mit dem Konzept der «Planetaren Grenzen» hat ein internationaler Verbund von WissenschaftlerInnen die Belastbarkeitsgrenzen des Ökosystems der Erde ausloten wollen.<sup>7</sup> Sie machen neun globale ökologische Grenzen aus. Auf drei Gebieten sind diese jedoch bereits irreversibel überschritten. Es sind dies das Artensterben (die Rate des fortschreitenden Biodiversitätsverlustes), die Geschwindigkeit des Klimawandels und

<sup>7</sup> Vgl. Johan Rockström et al., A safe operating space for humanity, in: Nature 461 (2009), 472ff.

jene des Stickstoffeintrags in die Biosphäre. Andere Grenzen könnten in naher Zukunft überschritten werden: dazu zählen der Trinkwasserverbrauch, der Landverbrauch und die Übersäuerung der Weltmeere. Wiederum andere sind nach den Autoren der Studie noch zu wenig in all ihren Konsequenzen erforscht. Daraus ergeben sich Folgerungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Wie lässt sich diese mit ihrem Verbrauch an Ressourcen und den Grenzen des Ökosystems in Einklang bringen?

### Ökologischer Spielraum für soziale Entwicklung



Der grüne Ring steht für den Spielraum nachhaltiger Entwicklung. Seine äussere Grenze ist durch die planetaren Grenzen in den erwähnten neun Bereichen gegeben. Der innere Rand steht für das Mindestmass an sozialer und wirtschaftlicher Grundversorgung (Gesundheit, Nahrung, Wasser usw.), das notwendig ist, damit alle Menschen in Würde und unter Wah-

rung ihrer elementaren Menschenrechte leben können. Über die dafür nötige gerechte Verteilung sagt das Bild allerdings noch nichts aus.<sup>8</sup>

Diese hier sehr verkürzte Lagebeschreibung bildet den Hintergrund für die «Transformations»-Diskurse, welche in den letzten Jahren in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft begonnen haben. Denn es ist, so Harald Welzer, längst «glaubhaft vorgerechnet, dass unser expansives Wirtschaftsmodell früher oder später an den planetaren Grenzen scheitern muss».<sup>9</sup> Es geht aber um mehr als Wirtschaft. Die Weltgesellschaft müsse lernen, Weltwirtschaft und -politik innerhalb der Grenzen des Erdsystems zu halten, forderte Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik.<sup>10</sup> Das bedeutet: eine Abkehr vom ungebremsten Wachstum, vom masslosen Ressourcenverbrauch und eine Umstellung der gesamten Energieproduktion muss innerhalb der nächsten Dekaden gelingen, und zwar so, dass den Armen ihr Recht auf Entwicklung nicht geraubt wird.

Es wird in Anlehnung an Karl Polanyi auch von einer «Grossen Transformation» gesprochen, die eingeleitet werden muss.<sup>11</sup> Damit wird

<sup>8</sup> Vgl. Jens Martens, Globale Nachhaltigkeitsziele für die Post-2015-Entwicklungsagenda, Bonn/Osnabrück 2013, 34f.

<sup>9</sup> Von der expansiven zur reduktiven Moderne: «Vorhersagen lässt es sich nicht, aber es liegt so Einiges in der Luft», Interview mit Harald Welzer, in: Baustelle Zukunft. Die Grosse Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, in: Politische Ökologie, Juni 2013, 31. Jg., Nr. 133, München 2013, 124.

<sup>10</sup> Dirk Messner, Globale Strukturanpassung: Weltwirtschaft und Weltpolitik in den Grenzen des Erdsystems, in: Harald Welzer/Hans-Georg Soeffner/Dana Giesecke (Hg.), KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel, Frankfurt a.M./New York 2010, 71.

<sup>11</sup> Siehe URL: [http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu\\_jg2011.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf). Wolfgang Sachs hat mit Recht darauf hingewiesen, dass der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen Polanyi damit ziemlich umdeutet. Dieser hatte mit «The Great Transformation» die Verallgemeinerung des Marktprinzips als Hintergrund

unterstrichen, dass eine grundsätzliche Kehrtwende notwendig ist, ein Umbau der gesamten Produktions-, Konsum- und Lebensweise des globalen Mittelstandes, letztlich ein Kulturwandel: das herrschende westliche Lebensmodell, das Vorbild aller Entwicklungsversprechen, muss hinterfragt und umgestaltet werden.

### Konziliarer Prozess und UN-Prozess

Wie antworten nun die beiden Prozesse – der konziliare der Ökumenischen Bewegung und der säkulare der Vereinten Nationen – auf diese grosse Herausforderung unseres Jahrhunderts? Und wie unterscheiden sich ihre Antworten?

Auf den ersten Blick scheinen beide tatsächlich parallel zu verlaufen und einen Grossteil der Ziele zu teilen. Das beginnt mit dem Aufnehmen des Transformationsbegriffs: «Unser Leitmotiv heisst Transformation.»<sup>12</sup> So steht es zumindest in einem Vorläuferdokument der Agenda 2030, dem Synthesebericht des Generalsekretärs zur Post-2015-Agenda für die 69. Generalversammlung der UN vom 4. Dezember 2014. Über 40mal braucht Ban Ki-moon darin das Transformationsvokabular. Im verabschiedeten Text der Generalversammlung taucht der Begriff freilich ausser in der Überschrift nur noch ein einziges Mal auf.<sup>13</sup> Ein Zufall?

Der Ökumenische Rat hat «Transformation» ebenfalls zu seinen Schlüsselbegriffen erhoben. Die neunte Vollversammlung in Porto Alegre (2006) stand unter dem Motto: «In deiner Gnade, Gott, verwand-

—  
und Ursache für den Ersten Weltkriegs und den Faschismus bezeichnet (vgl. Wolfgang Sachs, Karl Polanyi und seine «Great Transformation». Missdeuteter Vordenker, in: Baustelle Zukunft, vgl. Anm. 9).

<sup>12</sup> A/69/700 (vgl. Anm. 4), 4.

<sup>13</sup> Vgl. A/70/L.1 (vgl. Anm. 5).

le die Welt». Bereits 2002 hatte Konrad Raiser ein Buch mit dem Titel *For a Culture of Life: Transforming Globalization and Violence* veröffentlicht. Das Aufnehmen des Transformationsbegriffs stand, wie er mir erzählte, in Zusammenhang mit Nine eleven, dem Thema von neoliberaler Globalisierung und dem Konzept von «transformative Justice», das im Kontext der Überwindung der Apartheidfolgen im südlichen Afrika aufgekommen war. Dies weist schon darauf hin, dass die ökumenische Bewegung dieselben Begriffe wie die Vereinten Nationen verwendet, aber damit einen anderen, oft tiefer gehenden Sinn verbindet. Eben z.B. die Erfahrungen mit dem Heilen der Apartheidwunden und einem Verständnis von Gerechtigkeit und Versöhnung, das eine grundlegende Veränderung der Beziehungen in einer Gesellschaft einschliesst.

Werner Gebert hat bereits in einem Kommentar zur UN-Agenda 2030 darauf hingewiesen, dass diese zahlreiche Erkenntnisse aufnimmt, welche «in der Ökumene schon lange gewonnen worden waren und auch häufig Regierungen und internationalen Organisationen gegenüber angemahnt wurden». Er nennt z.B. «die Zusammengehörigkeit und innere Verschränktheit der Bereiche (soziale) Gerechtigkeit, (gerechter) Friede und (nachhaltige) Schöpfungsbewahrung». Doch dass dies der Trias der nachhaltigen Entwicklung – der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension – entspräche, ist nur bedingt der Fall. Er merkt denn auch gleich dazu an, im Konziliaren Prozess würde niemand Wirtschaft und Gerechtigkeit gleichsetzen.<sup>14</sup> Ich werde später noch darauf eingehen, wie weit die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Agenda tatsächlich als «integriert und unteilbar» und so verschränkt wie die Trias von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung betrachtet werden können.

<sup>14</sup> Werner Gebert, Kommentar zur UN-Agenda 2030 und ihrer nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), verglichen mit den Zielen des Konziliaren Prozesses. Unterlagen für den Ökumenischen Ratschlag 2016, unveröffentlicht.

Werner Gebert führt weitere Übereinstimmungen an: die Achtung der Menschenrechte und das Ziel, die Ärmsten und Ausgeschlossenen zu erreichen,<sup>15</sup> das Ernstnehmen der Klimaerwärmung als eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit<sup>16</sup> oder die Aufnahme des Friedensziels (SDG 16). All dies ist in der Tat sehr zu begrüßen. Ich sehe in diesen und manchen weiteren Zielen ebenfalls eine Nähe zu den Grundanliegen der ökumenischen Bewegung und wichtige Anknüpfungspunkte. Es scheint mir aber eben deswegen wichtig, genau hinzusehen und beide Agenden auch in ihrer Verschiedenheit zu würdigen. Denn diese ist für die Praxis entscheidend.

### Was unterscheidet beide Prozesse?

Zunächst ist es ihre Geschichte. Vancouver ist nicht New York. Der Konziliare Prozess, der in Vancouver begann, ist Frucht und Instrument der Ökumenischen Bewegung. Instrument meint: er steht – wie die Kirchen auch – im Dienst des Evangeliums, ist Teil der «missio Dei». Das ist kein Exklusivitätsanspruch. Wir sind nicht besser als Andere. Aber wir haben eine Rückverbindung an die Mission Jesu, die uns nicht in Ruhe lässt und u.U. daran hindert, Unrecht und Zerstörung des Lebens zu dulden oder auch nur als unvermeidliche Nebeneffekte in Kauf zu nehmen. «Die missionarische Spiritualität treibt uns an», heisst es im Missionsdokument der ÖRK-Versammlung von Busan, «Gottes Ökonomie des Lebens und nicht dem Mammon zu dienen, unser Leben mit anderen am Tisch Gottes zu teilen, statt unsere persönliche Gier zu befriedigen, uns für den Wandel zu einer besseren Welt einzusetzen und

<sup>15</sup> A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Ziff. 4.

<sup>16</sup> A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Ziff. 14.

das Eigeninteresse der Mächtigen, die den Status quo aufrecht erhalten wollen, zu hinterfragen».<sup>17</sup>

Was ich damit sagen will, ist, dass der «konziliare Prozess» nicht vom Himmel fiel - oder in einem gewissen Sinne eben doch: er ist aus einer spezifischen Mission für Gerechtigkeit entstanden. Auch die Agenda 2030 fiel nicht vom Himmel. Oder wenn, dann vom westlichen Himmel, von dem das vorherrschende Entwicklungsdenken stammt.

Die Millenniumsziele (MDG) und auch die Sustainable Development Goals (SDG), die ihnen nun nachfolgen, enthalten trotz oder eher wegen ihrer Universalität ein koloniales Erbe. Denn der Diskurs der westlichen Moderne hat seit dem 16. Jahrhundert zwischen zivilisierter und unzivilisierter Welt unterschieden und damit die Kolonialherrschaft legitimiert.<sup>18</sup> Ab Mitte des 20. Jh. wurde dieses Programm der «Zivilisierung der Unzivilisierten» obsolet und vom Entwicklungsdiskurs abgelöst, der nun zwischen den Nationen unterschied, die entwickelt sind, und jenen, die es noch werden sollen (vgl. die programmatische Rede von US-Präsident Truman von 1949). Sämtliche nicht-westlichen, nicht-industrialisierten Lebensweisen wurden damit als «unterentwickelt» disqualifiziert. Diese Entwertung der andern im Namen eines westlichen Universalanpruchs ist, wie Ivan Illich hellichtig erkannt hat, Teil der Durchsetzung des Wertesystems der Ökonomie.<sup>19</sup>

Diskreditiert wurde der Entwicklungs-Diskurs dann wiederum, weil Entwicklungshilfe zur Durchsetzung oder Abfederung der neoliberalen

<sup>17</sup> Gemeinsam für das Leben, Busan 2013, Ziff. 30; URL: [https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/commissions/mission-and-evangelism/together-towards-life-mission-and-evangelism-in-changing-landscapes?set\\_language=de](https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/commissions/mission-and-evangelism/together-towards-life-mission-and-evangelism-in-changing-landscapes?set_language=de).

<sup>18</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden: Aram Ziai, Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive, Münster 2006, 16ff.88ff.

<sup>19</sup> Vgl. Ivan Illich, El desvalor y la creación del desecho, in: Tecno-política, Doc. 87–03.

Politik der Globalisierung in den 80er und 90er Jahren diente («Washington Consensus»). Die MDG können ein Stück weit als Versuch verstanden werden, das Entwicklungsparadigma trotz Krise des Modells zu retten, indem sie der Globalisierung der Ungleichheit ein wenig entgegenwirken sollten.

Eine andere, weiter gehende Antwort ist der Diskurs der «Global Governance» seit Mitte der 90er Jahre. Er verzichtet auf den Dualismus von «Entwickelten» und «Entwicklungsbedürftigen» und strebt eine Lösung von Megaproblematiken wie Klimawandel, Stabilitätsrisiken des Finanzsystems oder der internationalen Sicherheitslage durch eine globale Koordination («Weltregieren ohne Weltregierung») an. Eine stärkere Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft wird proklamiert. Der Schritt von den MDG hin zu den SDG entspricht im Grunde dieser Konzeption von Global Governance.

Bei den SDG wird nun noch deutlicher eine universale Lösung propagiert, welche alle Nationen und Kulturen dem gleichen Entwicklungsplan unterstellt. Alle sind auf demselben Pfad des westlich vorgezeichneten linearen Fortschritts unterwegs, wenn auch verschieden schnell und effektiv. Berücksichtigt werden somit lediglich «die unterschiedlichen Entwicklungsstufen und Kapazitäten der einzelnen Länder»,<sup>20</sup> alternative Sichtweisen hingegen werden unterschlagen und vor allem werden die systemischen Grundlagen der Probleme ausgeblendet, welche dieser Plan zu lösen verspricht. Der Autopilot der wachstums hungrigen und finanzmarktgesteuerten Weltwirtschaft bleibt unhinterfragt. In diesem Sinne muss man sagen, dass weiter gilt: «Wie im Westen, so auf Erden».<sup>21</sup> Denn dem «homo oeconomicus», der darin triumphiert, sieht man seine Herkunft und seine Begünstigten nicht gleich an.

<sup>20</sup> A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Ziff. 3.

<sup>21</sup> Vgl. Wolfgang Sachs (Hg.), Wie im Westen, so auf Erden. Ein polemischer Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek 1993. Die dekoloniale Kritik des okzidentalen



Meine Gegenüberstellung von konziliarem und säkularem Prozess mag arg holzschnittartig wirken, sie ist aber nicht manichäisch gemeint. Ich mache das in heuristischer Absicht, um herauszufinden, wo wir, selbst wenn wir dieselben Begriffe brauchen, dasselbe meinen und wo nicht. Denn die Logik dahinter kann eine andere sein. Ich möchte dies nun anhand von einigen der Schlüsselbegriffe beider Prozesse testen.

*Armut:* «Armut in allen ihren Formen und überall beenden» lautet das Nachhaltigkeitsziel Nummer 1. Dass die Staatengemeinschaft dieses Ziel

Entwicklungsdenkens, wie sie nebst den Autoren dieses Buchs von Aníbal Quijano, Enrique Dussel, Arturo Escobar, María Lugones, Nelson Maldonado-Torres, Rolando Vázquez und Walter Mignolo praktiziert wird, ist insbesondere in Hilfswerken und auch der kirchlichen Diakonie noch kaum rezipiert worden. Vgl. zu diesem Thema das auch deutsch vorliegende Buch *Descolonialidad del ser y del saber* (2006) von Walter D. Mignolo, *Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität*, Wien 2012.

so prominent platziert hat, ist vielleicht zu anspruchsvoll, aber grundsätzlich begrüssenswert. Generell wird – wohl auf dem Hintergrund der durchgezogenen Bilanz der MDG – die Armutsbeseitigung sehr herausgestrichen. «Wir verpflichten uns, auf dieser grossen gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen [...] und wir werden uns bemühen, diejenigen zuerst zu erreichen, die am weitesten zurückliegen».<sup>22</sup> Dies erinnert an die befreiungstheologische prioritäre Option für die Armen. Die Formulierung «die am weitesten zurückliegen» («to reach the furthest behind first») lässt allerdings auch an den seit der Truman-Rede zugrundeliegenden Fortschrittsbegriff der Entwicklungsdoktrin denken, zumal jede Thematisierung der Reichtumsakkumulation in diesem Zusammenhang fehlt.

Aus Sicht der Ökumenischen Bewegung geht es um eine andere, eine lebensdienliche Ökonomie. Diese «nimmt Mass an den Armen und an den Rand Gedrängten mit ihren Rechten».<sup>23</sup> Dies schliesst aber ein, dass die Armen und Ausgeschlossenen nicht Objekte und Adressaten, sondern selber die Subjekte ihres Wandels sind. Das meint die Mission von den Rändern her, die in der neuen Missionserklärung des ÖRK eine zentrale Rolle spielt.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Präambel.

<sup>23</sup> Franz Segbers/Simon Wiesgickl, *Die grosse Ökumene der Kirchen gegen den Kapitalismus*, in: dies. (Hg.), «Diese Wirtschaft tötet». *Kirchen gemeinsam gegen den Kapitalismus*, Hamburg 2015, 21. Vgl. im selben Band: Beat Dietschy, «Ökonomie des Lebens» – eine konkrete Utopie der Ökumene, 35ff.

<sup>24</sup> Sie sind die Subjekte, welche die «Mission von den Rändern her» vorantragen, eine verwandelnde Spiritualität verkörpern und ein Leben in Fülle für alle fordern. Erst diese «Mission von den Rändern her» führt dazu, «dass die Kirche die Komplexität der Dynamik von Machtverhältnissen, von globalen Systemen und Strukturen und lokalen Kontexten versteht» (*Gemeinsam für das Leben*, Ziff. 37 u. 107). So kommt m.E. ein Orts- und Perspektivenwechsel in der Ökumene in Gang, der zu der nötigen Dekolonialisierung in den Kirchen des Nordens beiträgt. Es geht dabei nicht

*Der Planet:* «Wir sind entschlossen, den Planeten vor Schädigung zu schützen [...] damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann».<sup>25</sup> Formulierungen wie diese aus der Präambel der Agenda 2030 zeugen von einem ungebrochen utilitaristischen und anthropozentrischen Weltbild.

Die Ökumene hat demgegenüber schöpfungstheologische Einsichten entwickelt, welche der Erde eine eigene Würde einräumen<sup>26</sup> und sie als gemeinsames Haus des Lebens für alle Kreaturen achten. Von einem solchen Verständnis von Konvivialität aller Kreatur her muss sich Wirtschaften als verantwortete Haushalterschaft am «Haushalt des Lebens» orientieren, das heisst, sie soll eine dienende, keine herrschende Funktion erfüllen, Leben für alle ermöglichen und ebenso sehr von der Sorge für die Würde der Menschen wie des ganzen «oikos» geleitet sein.<sup>27</sup>

*Kohärenz:* Eine Sichtweise der «planetary stewardship» wie die eben erwähnte der globalen Haushalterschaft bringt die Vernetztheit allen Lebens zum Ausdruck und versteht den Menschen als Teil dieses Haushalts. Es mag sein, dass auch die eingebürgerte Trias des Konziliaren Prozesses dem noch nicht genügend Rechnung trägt. Immerhin aber

—

darum, «Menschen vom Rand in die Zentren der Macht zu bringen», sondern die Zentren in Frage zu stellen und «Machtstrukturen zu verändern» (ebd., Ziff. 40). Die Suche nach einer «Ökonomie des Lebens» ist Teil dieses Transformationsprozesses.

<sup>25</sup> A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Präambel.

<sup>26</sup> Die neue Missionserklärung ruft uns dazu auf, «unsere anthropozentrisch verengten Sichtweisen zu überwinden. Gottes Mission schliesst alles Leben ein» (Gemeinsam für das Leben, Ziff. 105) und betont, in vielerlei Hinsicht habe die Schöpfung selbst eine Mission im Blick auf die Menschheit (vgl. ebd., Ziff. 22).

<sup>27</sup> Vgl. dazu Beat Dietschy, Die falschen Götter der Globalisierung, in: Werkstatt «Reich Gottes». Befreiungstheologische Impulse in der Praxis, hrsg. von Norbert Arntz/Raúl Fornet-Betancourt/Georg Wolter, Frankfurt a.M. 2002, 233ff.

nimmt sie Konzepte aus vormodernen biblischen Zeiten auf wie Shalom und Zedakah (Gerechtigkeit), auch Chaesed (Barmherzigkeit), alles Beziehungsbegriffe, die anzeigen, was ein in Gottes Augen gerechtes oder lebensdienliches Verhältnis ist.<sup>28</sup> Sie sind aus dem Stoff der lebensweltlichen Erfahrungen auch vieler heutiger Menschen gemacht: wer seine Nahrung direkt aus dem Wald, dem Feld oder Küstengewässern bezieht, weiss, dass er oder sie auf intakte Ökosysteme angewiesen ist. Verschwinden die Wälder oder ist das Wasser verschmutzt, so wird das als Angriff auf das eigene Leben erlebt.

Dem gegenüber sind Verknüpfungen der Ziele und Unterziele der UN Agenda und auch der nationalen Umsetzungsebenen notgedrungen sehr viel abstrakter: sie stellen selbstverständlich Interdependenzen fest, gelegentlich auch Widersprüche und Spannungsfelder. Ihre Handlungslogik nimmt dies als Kohärenzfragen der politischen Planung oder als institutionellen Koordinationsbedarf wahr. Wir haben es also mit Planungs- und Steuerungslogiken und Gouvernanzproblemen von Regierungen zu tun. Wohlverstanden: es ist überhaupt nichts einzuwenden dagegen, dass sie sich auf ambitionöse Zielvorgaben einigen. Die Frage ist lediglich, ob diese Agenda in der Lage ist, die eingangs erwähnte grosse Transformation auf den Weg zu bringen.

Von NGO-Seite wurden die zuständigen Bundesämter nachdrücklich auf diesen «bürokratischen Geruch» hingewiesen. Vielleicht hat das dazu beigetragen, dass die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA die Agenda 2030 mit populäreren, lebensweltnaheren Bildern bewirbt:

—

<sup>28</sup> Vgl. Geiko Müller-Fahrenholz, Friede für Erdlinge – Persönliche Überlegungen für eine ökumenische Friedenskonvokation, in: Kairos Europa (Hg.), Leitfaden für ein künftiges Engagement für gerechten, lebensdienlichen Frieden. Optionen zur Umsetzung der Beschlüsse von Freising und Porto Alegre, Heidelberg 2006, 76.



### Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung



*Zivilgesellschaft:* dass sie eine wichtige Rolle zu spielen hat für die sozial-ökologischen Transformationsprozesse, ist allgemein anerkannt.<sup>29</sup> Die Frage, die uns hier interessiert, ist, was die Kirchen beizutragen haben. Die nunmehr 33jährige Geschichte des Konziliaren Prozesses ist dafür eine Fundgrube. Denn insbesondere in den Anfangszeiten wurde intensiv um jene breiten Bündnisse gerungen, die es für grundlegende Veränderungen braucht. In der Hoffnung auf ein Friedenskonzil, welche nach Carl Friedrich von Weizsäcker's Aufruf am Kirchentag in Düsseldorf 1985 aufkam, ging es um diese Kraft des Sich-Verbindens. Schon vom Wort her meint «Konziliarer Prozess» genau das: den Weg suchen, auf

<sup>29</sup> Der WBGU hat schon früh darauf hingewiesen (vgl. Anm. 10).

dem man zusammenkommt.<sup>30</sup> Wie das möglich wird und woran es scheitert, dafür lieferte dieser Prozess eine Vielzahl lehrreicher Beispiele.<sup>31</sup>

So hat der konziliare Prozess wichtige Verknüpfungen zwischen den verfassten Kirchen und der Kirche als Volk Gottes in Bewegung hergestellt. Dennoch gelang auf die Dauer, so Konrad Raiser, «die Übersetzung eines auf der Ebene der Zivilgesellschaft angesetzten Prozesses in den Bereich der institutionellen kirchlichen Entscheidung nicht».<sup>32</sup> Gründe dafür sind nicht nur in der Unbeweglichkeit amtskirchlicher Strukturen zu suchen, sondern wohl auch im Selbstverständnis und der Ausrichtung des basiskirchlichen Konziliaren Prozesses selber.

Nicht ohne Grund hat Ernst Lange Konziliarität das «christliche Rätemodell» genannt und damit eine alternative – d.h. mit hierarchischen Strukturen unverträgliche – Form der Bildung von Gemeinschaften von unten gemeint, in der die Verschiedenheit nicht verschwinden muss, sondern gerade die Grundlage von Verständigungsarbeit bildet. Damit dieses kommunikative Element im Konziliaren Prozess nicht dem Wunsch nach eindeutigen Entscheiden geopfert wird, muss Konziliarität als Prozess entfaltet werden, als Streiten um die Wahrheit und als ein Lernprozess aller Beteiligten, bei dem keine Seite ausgeschlossen werden und keine dominieren darf.

Ob die Erfahrungen der konziliaren «Weg- und Konfliktgemeinschaften» für die heutigen Bündnisbildungen hilfreich sein könnten? Sie sind wohl nicht so verschieden von denen in anderen zivilgesellschaftlichen

<sup>30</sup> Vgl. Duchrow/Liedtke (vgl. Anm. 3), 9.

<sup>31</sup> Vgl. zum Folgenden Beat Dietschy, Mehr Salz? Theologie der Befreiung im konziliaren Prozess, in: Raúl Fornet-Betancourt (Hg.), Befreiungstheologie: Kritischer Rückblick und Perspektiven für die Zukunft, Bd. 3: Die Rezeption im deutschsprachigen Raum, Mainz 1997, 81–111.

<sup>32</sup> Konrad Raiser, Das moralische Grundgerüst der Gesellschaft wiederherstellen. Zivilgesellschaft und konziliarer Prozess, in: epd-Entwicklungspolitik, Dokumentation 10, 1995.

Kontexten. Ich denke etwa an die Weltsozialforen. Auch diese Bewegung ist stark im Artikulieren einer Vielfalt von Alternativen zur herrschenden Monokultur des Denkens. Sie steht für Pluralität und Horizontalität ein und kann durchaus als eine Keimform gegenhegemonialer Globalisierung gewertet werden. Schwer tut sie sich jedoch damit, gemeinsame Strategien mit politischer Durchschlagskraft zu entwickeln.

Schwieriger dürfte es sein, an die «Sozialgebilde des Bekennens» (Heino Falcke) der Pionierzeiten des Konziliaren Prozesses anzuknüpfen. Heutige Netzwerke bilden sich zumindest im deutschsprachigen Bereich eher entlang von Themenfeldern wie Decroissance / Postwachstum, Suffizienzpolitiken und Alternativen zur «imperialen Lebensweise»,<sup>33</sup> der Solidarischen Ökonomie und der Herstellung und Erhaltung von Gemeinschaftsgütern. Sie sind mögliche Bündnispartner für die Ökumenische Bewegung heute.

Doch wie steht es mit der UN-Agenda? Welche Chancen für einen grundlegenden Wandel bietet sie? «Wir sind entschlossen», heisst es in der Einleitung, «von heute bis 2030 Armut und Hunger überall auf der Welt zu beenden, die Ungleichheiten in und zwischen Ländern zu bekämpfen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften aufzubauen, die Menschenrechte zu schützen und Geschlechtergleichstellung und die Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen zu fördern und den dauer-

<sup>33</sup> Als «imperial» wird ein Lebensstil der globalen Ober- und Mittelklassen bezeichnet, der die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde missachtet und auf der Ausbeutung billiger Arbeitskraft andernorts basiert. Vgl. Ulrich Brand/Markus Wissen, Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Alex Demirovic u.a. (Hg.), Vielfachkrise im finanzmarktorientierten Kapitalismus, Hamburg 2011, 79–94.

haften Schutz unseres Planeten und seiner natürlichen Ressourcen sicherzustellen».<sup>34</sup>

Ob diese ambitiösen Ziele erreichbar sind? Sind es zuviele? Was fehlt? Sind sie zu hoch oder nicht präzise genug gefasst? Ich möchte im Folgenden darauf eingehen und versuchen, aus meiner Sicht Stärken und Schwächen der SDG zusammenzufassen. Stichworte mögen genügen, da einiges schon erwähnt wurde.

### Stärken der SDG

1. Die SDG gehen über die MDG weit hinaus. Sie wollen nicht nur die verpassten Ziele der MDG erreichen, sondern sind sehr viel ambitiöser, nehmen sich bis 2030 die Beendigung von Armut, Hunger und Fehlernährung statt nur ihre Halbierung vor.
2. Sie sind auch im Umfang umfassender und insgesamt holistischer: sie decken sowohl die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung ab wie die Bereiche Frieden und internationale Zusammenarbeit. Korrigiert wird dank dem Nachhaltigkeitsblick insbesondere die ökologische Blindheit der MDG.
3. Die SDG haben universellen Charakter. Sie sind nicht nur von den 193 Mitgliedstaaten der UN beschlossen worden, sondern verpflichten erstmals alle Staaten auf eine nachhaltige Entwicklung. Damit ist das Nord-Südgefälle zumindest in mentaler Hinsicht - im Sinne von «reicher Norden hilft armem Süden» (Eva Schmassmann) - verringert worden. Gleichwohl sind die Industrieländer nach dem «Prinzip der gemeinsa-

<sup>34</sup> A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Ziff. 3.

men, aber geteilten Verantwortung» verpflichtet, mehr zur Zielerreichung beizutragen.

4. Eine kohärentere Agenda: dank Querbezügen zwischen den einzelnen Zielen besteht die Chance, das «Silodenken», das sowohl in Ministerien wie NGO's vorherrscht, zu überwinden. Klimapolitik (SDG 13) hängt z.B. mit nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern (SDG 12) und nachhaltigem Wirtschaftswachstum (SDG 8) zusammen. Politikkohärenz ist insbesondere für die Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene wichtig, wo häufig unkoordinierte und gegenläufige Prozesse in Handels-, Finanz-, Agrar-, sowie Aussen- und Entwicklungspolitik zu beobachten sind. Auch auf internationaler Ebene wurden die Politikfelder der Agenda 2030 in verschiedenen Gefässen bearbeitet: für die Armutüberwindung waren die MDG zuständig, die Umwelt wurde in der Biodiversitätskonvention geschützt, für den weltweiten Handel waren WTO und G20 zuständig. Nun gibt es zumindest ein übergreifendes Rahmenabkommen, das es erleichtert, Politikkohärenz anzupeilen.

5. Die Regierungen sind zu nationalen Nachhaltigkeitsstrategien verpflichtet. Darin müssen sie Politikziele definieren, deren Erreichung von Parlamenten, Medien und Zivilgesellschaft eingefordert und überprüft werden kann. Auch internationales Benchmarking ist vorgesehen. Es kann die Rechenschaftspflicht der Regierungen verstärken.

Ein Blick auf die Schweizer «Strategie nachhaltige Entwicklung 2016-2019» zeigt, dass die Agenda wohl dazu beigetragen hat, einige Punkte stärker als in den bisherigen Strategien zu gewichten. Zum Beispiel wird in den Leitlinien des Bundesrates über «Zukunftsverantwortung» festgehalten, sie bedeute «dass die Vorsorge-, Verursacher- und Haftungsprinzipien als grundlegende Rahmenbedingungen für langfristig tragfähige

ges wirtschaftliches, ökologisches und gesellschaftliches Handeln auf allen Ebenen zu fördern sind».<sup>35</sup> Diese Prinzipien sind gerade für die Lobbyarbeit von Organisationen wie Alliance Sud oder Brot für alle von grosser Bedeutung. Zusammen mit zahlreichen anderen Organisationen versuchen sie, beispielsweise im Rahmen der Konzernverantwortungsinitiative, entlang dieser Prinzipien Schweizer Unternehmen gesetzlich zu menschenrechtlicher Sorgfalt und Vorsorge zu verpflichten.

Der Blick in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Schweiz zeigt allerdings auch, dass die meisten ambitionösen Vorhaben im Sinne der Agenda 2030 noch nicht in den Zielen des Bundesrates bis 2030 oder den Massnahmen für die Jahre 2016-2019, sondern lediglich in den vorangestellten «langfristigen Visionen» auftauchen. Dazu gehört auch, dass erst längerfristig «das Vorsorge- und Verursacherprinzip [...] von Staat und Unternehmen national wie international konsequent angewendet»<sup>36</sup> wird.

Auch in Deutschland soll die seit 2002 bestehende nationale Nachhaltigkeitsstrategie den Rahmen für die nationale Umsetzung der SDG abstecken. «Aus entwicklungspolitischer Sicht lautet die zentrale Frage, ob es gelingt, die internationale Verantwortung Deutschlands in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie und ihrem Zielsystem systematisch abzubilden. Denn bisher war dies nur ein Randthema und mit zwei Zielvorgaben zur öffentlichen Entwicklungsfinanzierung und den Importen aus Entwicklungsländern völlig unzureichend abgebildet.»<sup>37</sup>

—  
35 Schweizerischer Bundesrat, Strategie nachhaltige Entwicklung 2016–2019, Bern 27. Januar 2016, 12.

36 Ebd., 15.

37 Jens Martens, Die 2030-Agenda und die globalen Nachhaltigkeitsziele, in: DVV International. Institut für internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (Hg.), Globales Lernen in der VHS und die Agenda 2030. Projektbeispiele aus den vergangenen Jahren und Anregungen für eigene Veranstaltungen, Materialien 56, Bonn 2016, 7.

6. Die Agenda 2030 definiert auch Zielvorgaben für Mittel und Wege zur Umsetzung der SDG. Das Dokument enthält nicht weniger als 62 Massnahmen. Viele von ihnen wurden allerdings «im Verhandlungspoker soweit verwässert, dass sich aus ihnen kaum spezifische Handlungsverpflichtungen ableiten lassen»,<sup>38</sup> kommentiert Jens Martens vom Global Policy Forum. Grundsätzlich sind aber Massnahmen, messbare Indikatoren der Zielerreichung und die vorgesehenen regelmässigen Überprüfungen zu begrüßen. Sie erden gewissermassen die überhöhten und allzu pauschalen Versprechen der UN-Agenda.

7. Der SDG-Prozess ist deutlich partizipativer als die MDG-Erarbeitung. In vielen Ländern wurde die Bevölkerung befragt. In die Arbeit der «offenen Arbeitsgruppe» sollen mehr als 8 Millionen Stimmen eingeflossen sein. Alle Regierungen waren an den Verhandlungen beteiligt und stellten sich hinter die Agenda 2030, was dieser eine hohe Legitimation gibt, auch wenn sie rechtlich nicht verbindlich ist. Auch die Fortschritte sollen nicht nur auf globaler, sondern auch auf nationaler und regionaler Ebene evaluiert werden. Die Überprüfungen sollen «für alle Menschen offen, inklusiv, partizipatorisch und transparent sein».<sup>39</sup> Ausdrücklich sollen auf nationaler Ebene auch «die Beiträge indigener Völker, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors und anderer Interessenträger»<sup>40</sup> berücksichtigt werden.

Der Umfang des Zielkatalogs (17 Oberziele und 169 Zielvorgaben) ist u.a. auch auf die breite Beteiligung im dreijährigen Vorbereitungsprozess zurückzuführen. Dennoch ist die Agenda 2030 nicht überfrachtet worden, wurden doch im Prinzip Themen zusammengeführt,

—  
38 Ebd., 3.

39 A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Ziff. 74d.

40 Ebd., Ziff. 79.

welche bisher an unterschiedlichen Orten und von jeweils anderen Gremien bearbeitet wurden.

8. Das Resultat ist eine dichte Agenda, welche praktisch alle lebenswichtigen Themen und Bereiche umfasst. Dennoch war natürlich eine Selektion und Prioritätensetzung notwendig. Bemerkenswert ist, dass dabei Ziele wie die «Verringerung der Ungleichheit in und zwischen Ländern» (SDG 10) und die Bedeutung von Frieden und Zugang zur Justiz (SDG 16) eine starke Aufwertung auf der UN-Ebene erfahren haben. Ziel 5: «Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen» geht ebenfalls über die MDG-Genderziele hinaus. In der nationalen Strategie der Schweiz wurde im entsprechenden Kapitel immerhin u.a. das Teilziel verankert: «Die unbezahlte Care-Arbeit ist ausgewogener zwischen Frauen und Männern aufgeteilt».<sup>41</sup>

### Schwachstellen der SDG

Angesichts der Bedeutung, welche der Agenda 2030 zumindest auf supranationaler Ebene zugemessen wurde, ist es gerade im Blick auf die nationalen Umsetzungsstrategien wichtig, eine kritische Auseinandersetzung mit ihr zu führen:

- Was fehlt in ihr?
- Stellt sie die Menschen und den Planeten tatsächlich ins Zentrum («People and Planet at the center»), sodass nachhaltige Entwicklung Menschen und Erde dient und sie nicht umgekehrt als Mittel für Business as usual und die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Welt(un)ordnung benutzt?

—  
41 Schweizerischer Bundesrat (vgl. Anm. 35), Ziel 8.2, 37.

- Hat sie z.B. die Ursachen im Blick, welche die Lebenserhaltungssysteme gefährden?
- Wie sieht sie die Beteiligung und Einflussmöglichkeiten der Menschen unterschiedlichster Kulturen und soziokultureller Kontexte vor?

Diese Fragen zu stellen, hat mich dahin geführt, die folgenden Schwachstellen herauszugreifen (es gibt andere, sie treten je nach dem Frageinteresse hervor. Aus Geschlechter- und Queerperspektive z.B. wären auch eine Menge Fragen zu stellen).

1. Wird die Agenda dem Transformationsbedarf und Kurswechsel unserer Gesellschaften im Blick auf die wichtigsten Lebenserhaltungssysteme gerecht? Ist es Zufall, dass die ursprünglichen «transformational shifts» aus der Vorbereitungsphase der SDG so gut wie verschwunden sind und sich «Transformation» nur noch auf den Übergang von MDG zu SDG zu beziehen scheint? Es werden zwar einige sektorielle Ziele im Bereich der «Ökodienstleistungen» benannt, z.B.

Ziel 13: Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen,

Ziel 14.: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen,

Ziel 15.: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Doch damit wird nicht notwendig auch die Frage beantwortet, *wie* der Übergang von der jetzigen Raubbauwirtschaft hin zu einer stabileren, in regenerationsfähigen Ökosystemen verankerten Wirtschaftsweise zu bewerkstelligen ist. Das ist nur auf dem Weg einer echten Transformati-

on des bestehenden Modells zu erreichen. Denn dieses läuft im Grunde genommen auf eine «Vergewaltigung der Natur zum Wohle des Menschen»<sup>42</sup> hinaus, die im heute praktizierten «Extraktivismus» oder «Ne-oextraktivismus» zum Ausdruck kommt. Nicht nur der Bergbau, auch die Landwirtschaft ist davon betroffen. Hier würde es um eine Abkehr vom Produktivitätsparadigma und einen Wechsel zu Suffizienzmodellen gehen, die von einer industriellen Produktionsweise zu agroökologischen und nachhaltigen Landwirtschafts- und Ernährungssystemen führen. Folgt man den vorliegenden Zielen der Agenda, zu denen noch detailliertere Indikatoren erstellt werden müssen, so wird das vorherrschende globale Agrarsystem nicht transformiert, sondern bestensfalls reformiert.

2. Die Frage nach dem Transformationscharakter der vorgeschlagenen Lösungen lässt sich auch im Blick auf die sozialen Ziele der Agenda stellen. Sind sie transformativ im Blick auf die Produktion von Armut und Ungleichheit? Zur Ungleichheit stellt eine Studie von Oxfam fest, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung mit 110 Billionen Dollar 65 mal so viel besitzt wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.<sup>43</sup> Die bekannte Schere ist nicht statisch, sondern bewegt sich. Es findet eine massive Umverteilung zugunsten der Vermögensbesitzenden statt. Eine ungleiche Gesellschaft kann aber nicht nachhaltig sein. Das Fehlen von Umverteilungszielen in Richtung grösserer Gleichheit ist ein gravierendes Manko der Agenda.

3. Der Mangel an Transformationskraft hängt ohne Zweifel mit dem weitgehenden Ausblenden der Ursachen von Armut und Ausschluss,

—

<sup>42</sup> Carolyn Merchant, *Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft*, München 1994, 182.

<sup>43</sup> URL: [https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file\\_attachments/cr-even-it-up-extreme-inequality-291014-sum-en.pdf](https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/cr-even-it-up-extreme-inequality-291014-sum-en.pdf)

Umweltzerstörung und Unnachhaltigkeit zusammen. Wenn wir die Dokumente zur «Ökonomie des Lebens» des ÖRK oder die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung von Mainz<sup>44</sup> daneben stellen, wird deutlich, wie weit dieses Ausblenden geht. Hier wird vom Geld, das regiert, statt zu dienen, gesprochen, von der institutionalisierten Gier, vom Marktfundamentalismus. «Habgier und Ungerechtigkeit, das Streben nach schnellem Profit, ungerechte Privilegien und kurzfristige Vorteile auf Kosten langfristiger und nachhaltiger Ziele sind die Grundursachen der verflochtenen Krisen», heisst es etwa im Bogor-Dokument zur «Ökonomie des Lebens» von 2012.<sup>45</sup>

Auch die in theologischer Sprache verfasste neue Missionserklärung des ÖRK weist auf die zugrundeliegenden systemischen Ursachen hin: «Es ist ein globales vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt. Dieser Turmbau der Habgier bedroht mittlerweile den gesamten Öko-Haushalt Gottes». <sup>46</sup> Der Turm gipfelt, so kann man ergänzen, in der Abkoppelung der Finanz- von der Produktionssphäre, einer Steigerungsform der Tyrannei des Geldes. Diese «aus Natur und Gesellschaft «entbettete» Ökonomie ist lebensfeindlich». <sup>47</sup> Der Konziliare Prozess hat von Anfang an diese Zusammenhänge betont.

<sup>44</sup> Vgl. Ulrich Schmitthener/Peter Schönhöffer/Christoph Grosse (Hg.), Die Zukunft, die wir meinen: Leben statt Zerstörung. Ökumenische Versammlung Mainz 2014, Hamburg 2015.

<sup>45</sup> Ökonomie des Lebens, Gerechtigkeit und Frieden für alle: ein Aufruf zum Handeln, Bogor 2012, Ziff. 13 (URL: [www.oikoumene.org/de/resources/documents/programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/poverty-wealth-and-ecology/agape-call-for-action-2012/economy-of-life-justice-and-peace-for-all?set\\_language=de](http://www.oikoumene.org/de/resources/documents/programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/poverty-wealth-and-ecology/agape-call-for-action-2012/economy-of-life-justice-and-peace-for-all?set_language=de)).

<sup>46</sup> Gemeinsam für das Leben (vgl. Anm. 17), Ziff. 31.

<sup>47</sup> Elmar Altvater, Wachstum, Globalisierung, Anthropozän. Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise, in: Emanzipation, Jg. 3, Nr. 1, 2013, 85.

Bereits in Vancouver wurde klar erkannt, benannt und bekannt, dass die grobe und systematische Verletzung von Gerechtigkeit und Würde sehr vieler Menschen strukturellen Charakter habe – und theologisch als Götzendienst zu beurteilen sei.<sup>48</sup>

In der Agenda 2030 hingegen werden zu Ungerechtigkeit und Gewalt führende Machtverhältnisse nicht thematisiert<sup>49</sup> und systemische Ursachen für die globalen Herausforderungen kaum berührt: weder grenzenloses Wirtschaftswachstum noch die Dominanz der Finanzmärkte und der Transnationalen Unternehmen werden in Frage gestellt; eine stärkere Regulierung des Privatsektors oder ein grundsätzlicher Change im wirtschaftlichen Bereich kommen nicht vor. Selbst das Unterbinden von Praktiken der Steuervermeidung und Steuerhinterziehung von transnationalen Konzernen ist in der Konferenz von Addis Abeba nicht wirklich so angepackt worden, wie es die ärmeren Länder gewünscht hatten. Für diese Themen ist weiterhin die OECD zuständig, damit die von den Schlupflöchern hauptsächlich profitierende Ländergruppe, und nicht eine neue internationale Steuerorganisation.<sup>50</sup>

<sup>48</sup> Vgl. Wolfram Stierle/Werner Dietrich/Martin Heider (Hg.): Ethik für das Leben. 100 Jahre Ökumenische Wirtschafts- und Sozialethik. Quellenedition ökumenischer Erklärungen, Studientexte und Sektionsberichte des ÖRK von den Anfängen bis 1996, Rothenburg o.d. Tauber 1996, 276f. Auch für Papst Franziskus schliesst Solidarität ein, «die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit zu bekämpfen» (Franziskus: Ansprache vor den Teilnehmern am Welttreffen der Sozialen Bewegungen, Rom, 28. Oktober 2014, in: Segbers/Wiesgickl [vgl. Anm. 23], 244).

<sup>49</sup> «Zwar werden «accountable and inclusive institutions at all levels» angestrebt», die Machtfrage im Sinne von No-Go's werde jedoch nicht gestellt, hält Bruno Stöckli in einem unveröffentlichten Papier von Brot für alle fest (SDGs – Was ist davon zu halten? Wo steht der Prozess? Welche Relevanz für BFA? Diskussionspapier dialogue4change, Dez. 2016, 3).

<sup>50</sup> Insgesamt sind nach einer Studie der amerikanischen Organisation Global Financial Integrity 2012 illegale Geldflüsse in der Höhe von über 991 Milliarden USD vom Sü-

Auch in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Schweiz werden fast alle Fragen, die schmerzen würden, umschifft. Lediglich im Teil der internationalen Zusammenarbeit findet sich zu den Ursachen der folgende Satz: «In den fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten, die gleichzeitig zu den ärmsten der Welt gehören, setzt die internationale Zusammenarbeit auch bei den Wurzeln von Konflikten und Gewalt an, also bei Faktoren wie sozialer und politischer Ausgrenzung oder Diskriminierung».<sup>51</sup>

4. Dorothee Sölle hat oft und gern auf den inneren Zusammenhalt von Ego, Eigentum und Gewalt hingewiesen. «Ichlos, besitzlos, gewaltlos zu werden» bezeichnete sie als «spirituelle Grundlage für eine andere Vision vom Miteinanderleben als die vom totalen Markt diktierte».<sup>52</sup> Habgier, Eigentum und Gewalt haben aber auch, wie sie stets betont hat, eine gesellschaftliche Dimension, die mit dem inhärenten Wachstumszwang des Kapitals untrennbar verknüpft ist. Ohne Bändigung dieser strukturellen Gier sind die Folgeerscheinungen von unbegrenztem Wirtschaftswachstum - Umweltzerstörung, Klimaerwärmung und weitere Zunahme der weltweiten Ungleichheit - wohl kaum in Grenzen zu halten. Trifft das zu, so stellt sich die Frage, ob eine Umkehr zu einem Wirtschaften für das Leben aller Kreaturen allein mit systemimmanenten Korrekturen der kapitalistischen Wirtschaft gelingen kann.

Die SDG erwägen aber nicht einmal eine strukturelle Änderung des herrschenden Wirtschaftssystems, stellt Werner Gebert fest: «Begriffe wie degrowth, Nullwachstum, Suffizienz oder Postwachstumsgesellschaft

den in den Norden gelangt (Eine Welt, Das DEZA-Magazin für Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 1/2016, 16).

<sup>51</sup> Schweizerischer Bundesrat (vgl. Anm. 35), Ziff. 5.3., 48.

<sup>52</sup> Dorothee Sölle, *Mystik und Widerstand*, Hamburg 1997, 245.271.

sucht man vergeblich in der Agenda».<sup>53</sup> Vielmehr streicht sie das Ziel eines dauerhaften Wirtschaftswachstums heraus. Für die ärmsten Länder (LDCs) nennt sie als Zielvorgabe eine Wachstumsrate von mindestens sieben Prozent pro Jahr. «Ein solches rein quantitative Ziel lässt sich allerdings nur schwerlich vereinbaren mit den ökologischen Zielen der Agenda».<sup>54</sup>

Bedenklich scheint mir vor allem das Fehlen eines Problembewusstseins und differenzierter Überlegungen, welches Wachstum wo und für wen angebracht ist und wie es in erdverträglichen Grenzen zu halten ist.<sup>55</sup> Agenda wie Politik insgesamt scheinen nicht nur Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichzusetzen, sondern darin auch noch die Lösung der Probleme zu erblicken. Herman Daly hat dazu sarkastisch bemerkt: «We have many problems [...] but only one solution: economic growth». So scheint es tatsächlich. Manuel Sager, Direktor der DEZA, hat sich kürzlich so geäußert: «Die SDG sind [...] Ausdruck der Erkenntnis, dass sich eine wachsende Wirtschaft, eine gerechte Gesellschaft und eine intakte Umwelt gegenseitig bedingen».<sup>56</sup> Auch Bundeskanzlerin Merkel wird mit dem Satz zitiert «Nachhaltigkeit ist ohne Wachstum nicht zu haben».<sup>57</sup> Nicht von ungefähr haben wir an der Mainzer Ver-

<sup>53</sup> Gebert (vgl. Anm. 14), 3.

<sup>54</sup> Jens Martens/Wolfgang Obenland, *Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung*, Bonn/ Osnabrück 2015, 13.

<sup>55</sup> Nach SDG 8.4 ist eine «Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung» anzustreben. Dies geht in die Richtung der an der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Rio 2012 («Rio plus 20») diskutierten «green growth»-Ideen. Zur Kritik dieser Konzeption vgl. u.a. Tim Jackson, *Prosperity without growth. Economics for a finite planet*, London 2009.

<sup>56</sup> Eine Welt, Nr. 1/2016, 3.

<sup>57</sup> Vgl. Stellungnahme der Akademie solidarische Ökonomie, Stiftung Ökumene und Ökumenisches Büro Treptow Köpenick zum Fortschrittsbericht 2016 der Bundesregierung, 2.

sammlung 2014 festgestellt, dass die kapitalistische Anhäufungs- und Wachstumslogik geradezu zur «Staatsreligion» erhoben wird.<sup>58</sup>

5. Nicht erstaunlich ist, dass eine weitere Leerstelle der Agenda den Privatsektor betrifft. Er wird zwar als Partner hofiert, insbesondere, weil die immensen Kosten für ihre Umsetzung ohne seine materielle Unterstützung nie zu decken sind. Unternehmen werden aber auch aufgefordert, «ihre Kreativität und Innovationsstärke zugunsten der Lösung der Herausforderungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung einzusetzen».<sup>59</sup> Einige Unternehmen, wie etwa Nestlé oder die Grossbank Crédit Suisse, haben denn auch bereits die Agenda für ihr Business-Modell adaptiert und sie für ihr Marketing genutzt: sie zeigen mit Hochglanzbroschüren und auf der Webseite auf, was ihr Beitrag zur Erreichung der SDG ist.

Dagegen wäre im Prinzip nicht viel einzuwenden. Problematisch können jedoch zwei Dinge sein. Zum einen praktizieren diese Firmen das Rosinenpicken, welches auch im Blick auf die Staatenwelt zu befürchten ist. Das heisst, sie suchen sich nicht jene Zielfelder aus, wo sie am meisten Handlungsbedarf hätten, sondern die am leichtesten erreichbaren, am ehesten jene, wo sie ohnehin schon anderen voraus sind.

Zum ändern stellen Unternehmen dafür Forderungen. So schreibt die Crédit Suisse: «Ein höherer Beitrag des Privatsektors in Entwicklungsländern scheint möglich, allerdings sind hierzu förderliche regulatorische Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Anreize erforderlich».<sup>60</sup> Damit

<sup>58</sup> Mainzer Botschaft der Ökumenischen Versammlung 2014, in: Schmitthenner/Schönhöffer/Grosse (Hg.) (vgl. Anm. 44), 15. Vgl. auch die Missionserklärung des ÖRK, «Die Ideologie des Marktes verkündet die Botschaft, dass der globale Markt die Welt durch unbegrenztes Wachstum retten wird» (Gemeinsam für das Leben, Ziff. 7).

<sup>59</sup> A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), Ziff. 67.

<sup>60</sup> URL: <https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/possibility/banking/cs-broschuere-aiming-for-impact-de.pdf>

der Privatsektor also seinen Teil beitragen kann, müssen Regierungen laut der Bank «unterstützende Rahmenbedingungen schaffen, die langfristige Planungssicherheit sowie effektive und rechenschaftspflichtige öffentliche Dienstleistungen ermöglichen, übermässige Bürokratie vermeiden, Korruption verhindern und unnötige Handelsbarrieren beseitigen».<sup>61</sup>

Das Vorgehen dieser Firmen zeigt eine grosse Lücke in der Agenda 2030 auf: die Regierungen haben es versäumt, klare Vorgaben zu machen, worin die von ihnen erwarteten Beiträge des Privatsektors bestehen und vor allem, welche Anforderungen an Public Private Partnerships zu stellen sind. Das Institute for Human Rights and Business in London macht zu Recht darauf aufmerksam, dass Unternehmen andere Zwecke verfolgen als eine Entwicklung, die «niemanden zurücklassen will». Auch kritisiert das renommierte Institut die Idee, mit öffentlichen Geldern private Investitionen auszulösen, insbesondere, wenn dazu die SDG noch mehr verwässert und preisgegeben würden. Das Gegenteil sei nötig, nämlich, die Unternehmen auf die Transformation ihrer Rolle und ihrer Geschäftsmodelle im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu verpflichten. Das Institut stellt den Regierungen und der UN daher ein schlechtes Zeugnis aus: sie hätten ihre politische Führungsaufgabe nicht wahrgenommen.<sup>62</sup>

In der Tat macht nur ein einziges der insgesamt 169 Unterziele eine Aussage zur Businesswelt: diese solle ermutigt werden, «nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen».<sup>63</sup> Ausserdem finden ein Katalog von frei-

<sup>61</sup> Ebd., 9.

<sup>62</sup> Institute for Human Rights and Business, State of Play. Business and the Sustainable Development Goals: Mind the Gap – Challenges for Implementation, London Sept. 2015, 5–7.

<sup>63</sup> SDG 12.6., in: A/70/L.1 (vgl. Anm. 5), 24.



willigen Standards wie etwa die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes Erwähnung.<sup>64</sup>

Am meisten Sorgen bereitet mir SDG 17 über die «Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung», und zwar deswegen, weil sie dazu führen kann, dass insbesondere die global tätigen Unternehmen nicht nur die Agenda 2030, sondern darüber hinaus die Gesetzgebung in ihrem Sinne beeinflussen werden. Sie könnten nicht nur wie bisher darauf drängen, dass auf allen Gebieten menschenrechtliche oder Umweltstandards «soft law» bleiben und nicht bindend werden. Sie werden vermutlich noch weiter gehen.

Ein Beispiel mag dies veranschaulichen. Es betrifft SDG 2: «Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern». Unter Punkt 5 wird – allerdings sehr verklausuliert – offenbar weiterhin ein freier Zugang der Bauern zu genetischen Ressourcen und Saatgut postuliert: «Bis 2020 die genetische Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Nutz- und Haustieren und ihren wildlebenden Artverwandten bewahren, unter anderem durch gut verwaltete und diversifizierte Saatgut- und Pflanzenbanken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, und den Zugang zu den Vorteilen aus der Nutzung der genetischen Ressourcen und des damit verbundenen *traditionellen Wissens* sowie die ausgewogene und *gerechte Aufteilung dieser Vorteile fördern*, wie auf internationaler Ebene vereinbart.»<sup>65</sup>

Wenn man das von mir Hervorgehobene beachtet, so kann man herauslesen, dass Wissen und Zugang der Bauern zu ihrem Saatgut und der genetischen Vielfalt traditioneller Landwirtschaft zumindest teilweise

<sup>64</sup> Vgl. ebd., Ziff. 67.

<sup>65</sup> SDG 2.5., ebd., 17 (Hervorhebungen B.D.).

erhalten werden soll. Denn gerechte Aufteilung heisst wohl: Aneignung durch Konzerne erlaubt, komplette Enteignung der Bauern aber nicht.

Bekanntlich nimmt aber gerade auf diesem Gebiet die Privatisierung und Monopolisierung durch Agrarkonzerne rasant zu. Drei Unternehmen (Monsanto, DuPont und Syngenta) halten einen Marktanteil von mehr als 50% an kommerziell gehandeltem Saatgut.<sup>66</sup> Mit dieser Konzentration geht grosse wirtschaftliche Macht einher, die durch diverse öffentlich-private Partnerschaften, wie z.B. jene im Rahmen der «G8 New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa», noch verstärkt wird.<sup>67</sup> Dabei laufen einige ihrer Partnerschaften der Zielvorgabe von SDG 2.5 zuwider, indem sie unter anderem gesetzgeberische Reformen forcieren, die Bauern und Bäuerinnen behindern, Saatgut weiterhin frei zu teilen, zu tauschen und zu verkaufen. «Dagegen werden Konzerne durch die neuen Gesetze ihr Saatgut exklusiv auf den Markt bringen können.»<sup>68</sup>

Das bedeutet nichts anderes als private «Einhegung» und Aneignung des Gemeinguts der genetischen Vielfalt, welche Bäuerinnen und Bauern über Jahrtausende erhalten und weiterentwickelt haben. Soziale Bewegungen wie z.B. La Via Campesina und NGO's befürchten daher, dass die «Global Partnership» von SDG 17 Unrechtsverhältnisse eher zemen-

<sup>66</sup> Jan Urhahn, Viel Macht in wenigen Händen – Große Agrarkonzerne kontrollieren weltweit das Saatgut und fördern den Einsatz von Pestiziden, in: Brot für die Welt et al., Konzernmacht grenzenlos – Die G7 und die weltweite Ernährung, Berlin 2015, 10f. (URL: <http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/KonzernmachtgrenzenlosBroschuereA4web.pdf>).

<sup>67</sup> Vgl. dazu URL: <https://www.grain.org/article/entries/5121-land-and-seed-laws-under-attack-who-is-pushing-changes-in-africa>

<sup>68</sup> Stig Tanzmann, Freie Saat oder Konzernsaat? Der Kampf um Saatgut in Afrika, in: Brot für die Welt et al. (vgl. Anm. 66), 16f.

tieren als abbauen wird.<sup>69</sup> Angesichts der eben erwähnten Trends ist das nicht ganz abwegig.

### Schlussfolgerungen für den Konziliaren Prozess

1. Wir sollten uns für eine Interpretation der Agenda einsetzen, welche die schüchternen Ansätze sozial-ökologischer Gerechtigkeitsanliegen verteidigt und stärker macht. Dazu gehört, um im genannten Beispiel zu bleiben, als Grundanforderung an jede öffentlich-private Partnerschaft, dass der offene Zugang zu (global) public goods unter allen Umständen zu garantieren ist. Dies ist erste Aufgabe des Staates in einer Public Private Partnership. Allerdings ist dies keinesfalls gleichbedeutend mit einer Verstaatlichung von Gemeingütern, führt diese doch in vielen Fällen zu einer Privatisierung von Kollektivgut. Aufgabe des Staates müsste es gerade sein, Gemeinschaften, welche das betreffende Gut – im Falle des Saatguts die Bäuerinnen und Bauern – produziert, erhalten und weiterentwickelt haben, als Hüter dieses Guts zu unterstützen und vor dem Zugriff von Konzernen zu schützen.

2. Wir sollten uns bewusst sein, dass die Agenda 2030 in mancher Hinsicht ein schwaches Kompromissprodukt darstellt und noch keineswegs eine erfolgversprechende sozial-ökologische Transformationsstrategie enthält, um eine substantielle Verbesserung bemühen.

a) Via negativa: Zum einen, indem wir die problematischen Punkte – wie z.B. die Wachstumstrunkenheit – klar herausstellen. «Das kritische Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen und einer informierten Öff-

<sup>69</sup> Vgl. Nina Schneider, Wer steuert die Entwicklung nach 2015? Ministerkonferenz zur Global Partnership for Effective Development Cooperation, in: Global+ (Hg. Alliance Sud), Nr. 53, Bern 2014, 5.

fentlichkeit bildet die notwendige Erfolgsbedingung dafür, dass die 2030-Agenda dem Anspruch einer Transformationsagenda zumindest in Ansätzen gerecht werden kann.»<sup>70</sup> Der grundlegende Wandel besteht darin, das Recht auf Entwicklung mit der Begrenztheit der Erde sozial gerecht in Einklang zu bringen. Und dies ist ohne Abkehr von der Zauberkiste des grenzenlosen Wachstums, die das alles angeblich ermöglichen soll, nicht denkbar.

b) Via positiva: Zum ändern können wir eine konsequenter «Schattenagenda» (oder besser: Lichtagenda) entwerfen. Wir sollten nicht zuviel Wasser von den Quellen und Bächen und manchmal auch Sturzbächen der Ökumene in den eng regulierten UN-Strom leiten – wir brauchen freiere Fliessgewässer. Anders gesagt: wir müssen nicht Legitimationsbeschaffer für eine Regierungsagenda sein, wir können diese allerdings dort, wo es sinnvoll ist, unterstützen und als Anknüpfungspunkt verwenden (und sie gegebenenfalls für unsere Legitimation verwenden).

Unsere eigene «via positiva» aber unterscheidet sich vom Mainstream: sie bringt die Vielfalt der naturnahen Fliessgewässer, die vielfältigen Wege in verschiedenen soziokulturellen Kontexten zum Ausdruck. Die ökumenische Bewegung kann viel Kompetenz auf diesem Gebiet der «versöhnten Verschiedenheit» einbringen. Wichtig dabei ist, dass die differenten Bedürfnisse und Hintergründe auch ernst genommen werden. Denn die Agenda 2030 spiegelt bestenfalls eine vorläufige und prekäre Einigkeit der Regierungen in den Zielen wieder, nicht aber eine in den Wegen, die dahin führen. Die Debatte über die Wege muss allererst geführt werden, und die interkulturelle Vielfalt der Wege, der Sichtweisen und Weltansichten, der Lebensentwürfe ist wichtig, wenn es darum geht, Neues zu finden. «Ob in der Natur oder in der Kultur», sagt Wolf-

<sup>70</sup> Martens/Obenland (vgl. Anm. 54), 23.

gang Sachs, «nur durch die Vielfalt ist Innovation möglich, kann es kreative, nichtlineare Wege geben».<sup>71</sup>

Die Debatte wird ohnehin stattfinden und zwar höchstwahrscheinlich in Formen verschärfter Auseinandersetzungen. Denn entweder werden die Hoffnungen der weltweit Benachteiligten bei einem Weiter-so-wie-bisher enttäuscht. Oder die Ursachen von Ungleichheit und Umweltzerstörung werden angegangen, was ohne Bändigung der transnationalen Konzernherrschaft nicht zu machen ist. So oder so: die Konflikte um Ressourcen und sicheren Lebensraum werden zunehmen. Daher wird Friedens-Kompetenz aus dem Konziliaren Prozess von grosser Bedeutung sein.

Ausserdem geht es darum, die Perspektiven von unten und von den Rändern her zu artikulieren. Denn trotz verbesserter Konsultation ist die Agenda 2030 klar ein top down-Approach. Zwar ist das ein Stück weit unvermeidlich, wenn man sich auf Regierungsebene weltweit einig werden soll, aber ungenügend, wenn die Ziele mit Leben erfüllt und erreicht werden sollen.

3. Drittens sollten wir in Fortsetzung des ökumenischen Weges seit 2002 (s.o.) den Hauptakzent auf die notwendige Transformationspraxis legen und die dafür geeigneten konkreten Utopien oder Alternativen entwickeln helfen («via transformativa»). Denn noch gleichen die vorgeschlagenen Lösungen allzusehr den Problemen, die sie lösen wollen. Wir müssen mit dem Entwickeln wirklicher Alternativen aber nicht zuwarten, bis die erforderlichen Weichen auf politischer Ebene konsequenter gestellt sind. «Der Impuls zur Veränderung geht ganz offensichtlich nicht von den gigantischen multilateralen Verhandlungen aus, sondern muss eher von unten, von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure kommen, also

<sup>71</sup> Wolfgang Sachs, Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie, Frankfurt a.M. 2003, 151.

aus der Zivilgesellschaft und den Vordenkern und Praktikern des kulturellen Wandels.»<sup>72</sup>

«Wir suchen nach Alternativen, also nach einer gerechten, fürsorglichen, partizipatorischen und nachhaltigen Wirtschaftsform, einem ökonomischen Modell, das auf der Idee der Solidarität und dem Miteinanderteilen der Gaben beruht»,<sup>73</sup> heisst es in der São Paulo-Erklärung. Auch für Ulrich Duchrow sind grössere Transformationen in der Gesellschaftsordnung unausweichlich: «Wenn es stimmt, dass die herrschende Zivilisation, die das Leben gefährdet, mit dem Eintritt von Geld und Privateigentum in das tägliche Leben begonnen hat, muss eine alternative Kultur in erster Linie diese Institutionen transformieren».<sup>74</sup>

Als Beispiele für die Emergenz von Alternativen möchte ich daher die «Solidarische Ökonomie» und die «Commons-Bewegung» nennen. Ich meine mit letzterer mehr als das Verteidigen der «öffentlichen Güter» wie «Wasser, Land oder Luft», die in der Mainzer Botschaft erwähnt sind. Es gibt unzählige Commons, die dadurch entstehen, dass Menschen sie in selbstbestimmtem Zusammenschaffen hervorbringen. Sie entwickeln sich nach Regeln, welche von den Beteiligten zum Schutz und Erfolg ihres Projekts gesetzt werden. Nur eine Regel darf hier nicht dominieren: das Geldprinzip. Es handelt sich also um Keimformen gemeinschaftlichen Handelns, die innerhalb des Kapitalismus Vergesellschaftungsweisen befördern, welche über die Kapital- und Geldlogik hinausweisen, aber auch über die Privateigentumslogik hinaus, die deren

<sup>72</sup> Markus Vogt, Transformation – Anmerkungen aus ethischer und theologischer Sicht, o.J. (URL: [http://www.kaththeol.uni-muenchen.de/lehrtuehle/christl\\_sozialethik/personen/1vogt/texte\\_vogt/vogt\\_transformation.pdf](http://www.kaththeol.uni-muenchen.de/lehrtuehle/christl_sozialethik/personen/1vogt/texte_vogt/vogt_transformation.pdf)).

<sup>73</sup> São Paulo-Erklärung (2012), Die Umwandlung des internationalen Finanzsystems zu einer Wirtschaft im Dienst des Lebens (URL: <http://wrcr.ch/de/die-sao-paulo-erklarung>), 3.

<sup>74</sup> Ulrich Duchrow, Gieriges Geld, Auswege aus der Kapitalismusfalle. Befreiungstheologische Perspektiven, München 2013, 226.

Stütze und Grundlage ist. Im Unterschied zu «öffentlichen Gütern», welche in der Regel der staatlichen Obhut unterstellt und daher leicht wiederum privatisiert werden, sind «gemeinschaftliche Güter» mit der selbstbestimmten sozialen Praxis von Beziehungsgruppen verknüpft und an solidarisches Handeln unter Gleichberechtigten gebunden.<sup>75</sup>

4. Wir brauchen einen radikalen Gegenentwurf zur Vermarktung der Erde und ihrer Güter, zu dem Zu-Ware-Machen von uns selber («Humankapital»). Doch «wie können wir den Geist des Marktes besiegen?»,<sup>76</sup> fragt das Missionsdokument von Busan. Dies ist definitiv keine ökonomische Frage mehr. Es ist die nach einer «transformativen Spiritualität» und nach der entsprechenden transformativen Praxis. Sie besteht, mit den Worten aus der Mainzer Botschaft gesagt, darin, der «Realität eines <Guten Lebens> von Wenigen» die «Realität eines <Guten Zusammenlebens> aller Menschen» entgegenzustellen.<sup>77</sup>

Angesichts von Klimaerwärmung und wachstumstrunkenem Überkonsum der Ressourcen des Planeten wird dies «immer mehr zu einer Frage von Leben und Tod».<sup>78</sup> Park Seong-Won hat auf diesem Hintergrund in Busan von einer Kairós-Situation im Sinne von Dtn 30,19 gesprochen, die eine Entscheidung für lebensförderliche Ansätze verlange: «Das heutige Zivilisationsmodell ist nicht nachhaltig, sondern lebenszerstörend [...] wir brauchen transformative Kulturen, Gemeinschaften und ökonomische, soziale, politische und Bildungs-Systeme, wenn wir zu-

<sup>75</sup> Vgl. dazu Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012, darin speziell Stefan Meretz, Ubuntu-Philosophie. Die strukturelle Gemeinschaftlichkeit der Commons, ebd., 58–65.

<sup>76</sup> Gemeinsam für das Leben (vgl. Anm. 17), Ziff. 7.

<sup>77</sup> Mainzer Botschaft (vgl. Anm. 58), 15.

<sup>78</sup> Ökonomie des Lebens (vgl. Anm. 45), Ziff. 11.

sammen mit der ganzen Schöpfung in naher Zukunft überleben wollen».<sup>79</sup>

Das Entstehen einer neuen «Kultur oder Zivilisation des Lebens» gehört nun wie alles wahrhaft Neue in den Kreis des Unverfügbaren. Sie ist nicht herstellbar oder mit Zielkaskaden planbar. Darum ist eine von Spiritualität geleitete Praxis, die nicht vom Machbaren ausgeht, wichtig. Sie hilft, sich auch angesichts wirklich grosser Herausforderungen und Krisen nicht entmutigen zu lassen.

Auch «Grosse Transformation» ist in diesem Sinne nicht mach- oder planbar. Doch kann man die Offenheit für den Kulturwandel fördern und ihm Räume zur Entfaltung zur Verfügung stellen. Genau dies ist die Absicht des Prozesses, den die Kirchen in Busan als «Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens» begonnen haben. Er wird «als florierender Raum gesehen, in dem die Kirchen voneinander und von anderen Glaubensstraditionen und gesellschaftlichen Bewegungen lernen können, wie eine verwandelnde Spiritualität den lebenszerstörenden Werten entgegenwirken und widerstehen und eine Mitschuld an der Ökonomie der Habgier überwinden kann».<sup>80</sup>

Die Antwort auf die Frage von Busan, wie wir den Geist des Marktes besiegen können, lässt sich also am kürzesten mit einem Paulus-Satz beantworten, der auf gemeinschaftlich transformierende Praxis verweist: «Fügt Euch nicht ins Schema dieser Welt, sondern wandelt Euch um durch die Erneuerung Eures Sinnes» (Röm 12,2).

<sup>79</sup> Park Seong-Won, Towards Life-Enhancing Culture, Community and Systems. A Thought on Ecumenical Sustainable Development Goals, Rede am Madang-Workshop von Brot für alle, URL: <http://www.dialogue4change.org/group/workshop-10th-wcc-assembly-ecumenical-perspectives/article/79/>. Vgl. Ökonomie des Lebens (vgl. Anm. 45), Ziff. 16.

<sup>80</sup> Ökonomie des Lebens (vgl. Anm. 45), Ziff. 26.

Autor:

*Beat Dietschy,*

*Pfr. Dr. phil., Präsident COMUNDO, ehem. Zentralsekretär Brot für alle*